

Krankenhausverwaltung und -betrieb

- 107 KGNW-Portal
- 108 **Medizinproduktegesetz (MPG)**
Flächendeckende Überwachung der Einhaltung der Rechtsvorschriften durch die Landesbehörden
- 109 **Verfütterung von Küchenabfällen an Schweine**
- 110 **Empfehlungen der Task Force „Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit (vCJK)“**
- 111 **Gesichtspunkte für zukünftige Revisionen des OPS-301 des Kuratoriums für Fragen der Klassifikation im Gesundheitswesen (KKG) beim Bundesministerium für Gesundheit (BMG)**
Revision der ICD-10-SGB-V und des OPS-301 zum 1. Januar 2003
- 112 **Externe Qualitätssicherung gemäß § 137 SGB V**
Dokumentation zur Qualitätssicherung der Module der Stufe 2 im Jahr 2002
- 113 **Neue Meldeformulare zur Durchführung des Infektionsschutzgesetzes (IfSG)**

Europäisches/internationales Krankenhauswesen

- 114 **DKG-Brüssel-Info März/April 2002**

Verschiedenes

- 115 **Ergebnisse des vierten Krankenhaus-Barometers**
(Herbstumfrage 2001)
- 116 **Krankenhausstatistik 2000**
Kostennachweis der Krankenhäuser 2000

Veranstaltungen/Literaturhinweise

- 117 **Deutsches Krankenhausinstitut, DKI**
Seminarprogramm Juli 2002
- 118 **Umsetzung des Transplantationsgesetzes**
Gemeinschaftsaktion zur Förderung der Organspende und Erhöhung der Transplantationszahlen in Nordrhein-Westfalen

* Nur die mit einem * gekennzeichneten Urteile bzw. andere Quellen können bei Bedarf in vollem Wortlaut bei der Geschäftsstelle angefordert werden.

Krankenhauspolitik

86 **Gesundheitspolitische Vorstellungen der SPD, CDU und FDP zur Bundestagswahl 2002**

Bundeskanzler Schröder hat am 24. April 2002 in einer Pressekonferenz den vom **SPD-Parteivorstand** einstimmig verabschiedeten Entwurf des Regierungsprogramms für die nächste Legislaturperiode vorgestellt. Die Aussagen zum Gesundheitsbereich konzentrieren sich unter der Überschrift „Für ein leistungsfähiges und solidarisches Gesundheitswesen“ auf die Themen Solidarität, Qualität, Finanzierungsgrundlagen der GKV sowie Wirtschaftsfaktor Gesundheitswesen. Die Inhalte sind identisch mit den Ausführungen von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt anlässlich der Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 11. April 2002 in Berlin (siehe Nr. 87 in dieser Ausgabe des KGNW-Mitteilungsblatts). Am 2. Juli 2002 soll das Regierungsprogramm auf dem außerordentlichen Parteitag der SPD verabschiedet werden.

Am 8. Mai 2002 hat die **CDU** in Berlin ihr Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2002 der Öffentlichkeit vorgestellt. Im Zentrum steht die Forderung nach mehr Entscheidungsfreiheit und Selbstverantwortung des Versicherten unter Beibehaltung des Prinzips einer solidarischen Krankenversicherung. So müssen auch künftig zentrale Gesundheitsrisiken durch die gesetzliche Krankenversicherung abgedeckt werden.

Dabei fordert die CDU die Abschaffung aller Budgetierungen bei den Leistungserbringern. Jenseits der Kernaufgaben der GKV sollen die Versicherten Leistungen freiwillig und auf eigene Rechnung wählen können oder Selbstbehalte vereinbaren. Ebenso soll zur Erhöhung der Transparenz im Gesundheitswesen eine Wahlmöglichkeit für den Versicherten geschaffen werden zwischen dem Sachleistungs- und dem Kostenerstattungsprinzip. Die CDU plant die Beibehaltung des Risikostrukturausgleichs, allerdings in einer stark vereinfachten Form.

Daneben plädiert die Union für eine Verbesserung und den Ausbau der Prävention und Gesundheitsförderung. Hierzu äußerte sich die bayerische Sozialministerin Christa Stewens (CSU) dahingehend, dass die Versicherten, die ihre Gesundheit grob fahrlässig schädigen, vom Leistungsbezug ausgeschlossen werden sollen und ihre Behandlungskosten selbst tragen müssen. Diese Äußerungen stießen bei Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD), die von einer Einführung einer "Gesundheitspolizei" sprach, auf strikte Ablehnung. Auch in den eigenen Reihen wurde die bayerische Sozialministerin vom ehemaligen Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer angegriffen, der die Vorschläge für die Union zurückwies und Risikozuschläge ausschloss.

24. Juni 2002

**„Auftaktveranstaltung Organspende“
(weitere Informationen auf Seite 29)**

In Mannheim hat die **FDP** auf ihrem Bundesparteitag, der vom 10. bis 12. Mai 2002 stattfand, ihr Programm zur anstehenden Bundestagswahl beschlossen. Die darin enthaltenen gesundheitspolitischen Aussagen sind gekennzeichnet durch eine angestrebte Abschaffung übermäßiger Bürokratisierung und Reglementierung. Ebenso sollen Wahlmöglichkeiten und Gestaltungsspielräume für individuelles Handeln eröffnet werden. Damit wären die Vorstellungen der Liberalen mit den gesundheitspolitischen Plänen der SPD unvereinbar.

Die FDP will ihre Ziele dadurch erreichen, dass alle gesetzlich vorgegebenen Budgets abgeschafft werden sollen, da sie nur zur Rationierung führen. Ebenso spricht sie sich für die Einführung eines echten Preissystems mit festen Preisen für qualitativ hochwertige Leistungen aus.